



Hanna Kozińska-Witt
Jüdische
Stadtdeputierte
in der Zweiten
Polnischen Republik

Projekte – Strategien – Dynamiken

Wallstein

Hanna Kozińska-Witt

Jüdische Stadtdeputierte in der Zweiten Polnischen Republik

POLEN: KULTUR – GESCHICHTE – GESELLSCHAFT
POLAND: CULTURE – HISTORY – SOCIETY

Herausgegeben von / Edited by
Yvonne Kleinmann

Band 6 / Volume 6

Hanna Kozińska-Witt

Jüdische Stadtdeputierte
in der Zweiten Polnischen Republik
Projekte – Strategien – Dynamiken

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung
und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung

DEUTSCH	POLSKO
POLNISCHE	NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS	FUNDACJA
STIFTUNG	NA RZECZ NAUKI

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
 1. Krakau	 27
Galizische Traditionen: Jüdische Partizipation an der Stadtpolitik	 27
Das kommunalliberale Stadtparlament nach dem Ersten Weltkrieg	 29
Die Jüdische Gemeindevertretung als ein Faktor der Kommunalpolitik	 36
Demokratisierung und ›Konfessionalisierung‹ der Konfessionsgemeinden	 39
Modernisierung der kommunalen Selbstverwaltung à la <i>Sanacja</i>	 45
Querelen um den ›jüdischen‹ Vizepräsidenten	54
Staatlicher Autoritarismus – ein neues Problem der Jüdischen Gemeinde	 60
Die letzten Stadtparlamentswahlen im Jahr 1938: ein Symbol politischer Authentizität?	 63
Die Polarisierung der Kommunalpolitik und die schwierige Wahl des Stadtpräsidenten	 69
Kommunale Sozialpolitik oder konfessionelle Wohltätigkeit? . .	72
Die kommunale Politik der Kostenabwälzung	76
Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929	82
Positionen jüdischer Stadtdeputierter im Aushandlungsprozess	 87
Konfrontation mit dem wachsenden Antisemitismus, 1931-1938	 95
Die Auswirkungen der politischen Polarisierung auf die Sozialpolitik	 106
Kommunale Interventionen im ›jüdischen Viertel‹ Krakaus	 108
Zwischenfazit	116

2. Posen	119
Eine kleine jüdische Gemeinde	119
Preußische Traditionen und der »Nationalitätenkampf« im Stadtparlament	125
Der Aufstieg der Nationaldemokratie und seine Folgen	130
Politische Ausdifferenzierung versus nationale Zugehörigkeit	137
»Juden« – Verbündete der <i>Sanacja</i> ?	142
Das Stadtparlament von 1929 bis 1933 – eine Arena der staatskritischen Opposition?	149
Kräftemessen zwischen <i>Endecja</i> und <i>Sanacja</i> , 1933–1935	151
»Verstaatlichung« der Selbstverwaltung: der Posener Magistrat 1935–1938	156
»Den nationalen und katholischen Charakter der Stadt bewahren«: Die Wahlen 1938	160
Zwischenfazit	163
3. Warschau	165
Imperiale Traditionen und neue Tendenzen: Juden in der Warschauer Stadtpolitik	165
Demokratisierung und Fragmentierung des Stadtparlaments	170
»Der Kampf um die Hauptstadt« zwischen <i>Endecja</i> und <i>Sanacja</i>	178
Die »Verstaatlichung« der Selbstverwaltung	194
Antisemitische Parolen der Rechten – Stimmengewinn der Linken	202
Politische Gestaltungsmöglichkeiten der jüdischen Stadtdeputierten	210
Die Auswirkungen des Gesetzes über die Sozialfürsorge von 1923	218
Kommunale Finanzpolitik von der amerikanischen Anleihe bis zum Sparkurs	223
Verschärfung des Sparkurses nach der »Verstaatlichung« der Selbstverwaltung	237
Debatten im radikalisierten und gespaltenen Stadtparlament im Jahr 1939	247

Kommunale Projekte im »jüdischen Viertel« Warschaus	252
Zwischenfazit	255

4. Abschließender Vergleich und Fazit	257
---------------------------------------	-----

Streszczenie	265
Summary	267
Abkürzungen	269
Glossar	271
Quellen- und Literaturverzeichnis	275

Anhang

1. Anhang 1: Liste der jüdischen Stadtdeputierten in Krakau, 1918-1939	293
2. Anhang 2: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Krakau	297
3. Anhang 3: Liste der jüdischen Stadtdeputierten in Warschau, 1919-1939	300
4. Anhang 4: Unvollständige Liste der (zeitweise) vom Warschauer Stadtparlament subventionierten jüdischen Institutionen, 1919-1938	304
5. Anhang 5: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Warschau (in Złoty)	308
Register	313

Vorwort

Der Weg zu diesem Buch war lang, steinig und verschlungen. Am Anfang ließ ich mich von der Vernachlässigung der Thematik in der bisherigen Forschung in die Irre führen.

In den ersten drei Jahren war mein von der DFG finanziertes Projekt am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig angesiedelt. In dieser Zeit konnte ich partiell umfangreiche Zeitungsbestände und Archivalien auswerten und erste Artikel im *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* veröffentlichen. Ich möchte mich herzlich bei den studentischen Hilfskräften Tom Wiese und Yvonne Albers für ihre sprachliche Unterstützung bei der Abfassung aller Texte bedanken.

Das eigentliche intellektuelle Abenteuer begann mit meiner Übersiedlung nach Halle (Saale) an die Professur für osteuropäische Geschichte von Michael G. Müller. Ziemlich bald wurde alles, was ich zu wissen glaubte, von den TeilnehmerInnen des wöchentlichen Kolloquiums mit großer Eleganz dekonstruiert. Damit wurde eine langwierige, aber durchaus spannende Periode der thematischen Reformulierung eingeleitet. Hiermit möchte ich mich bei Michael G. Müller und meinen KollegInnen für ihr Mitdenken und ihre Arbeit an mir und meinem Thema bedanken.

Eine weitere Phase des Schreibprozesses wurde durch das von der Zeitschrift *Kwartalnik Historii Żydów* in Warschau bekundete Interesse an mehreren empirisch basierten Aufsätzen eingeleitet. Die Redaktion überließ die Kommentierung Professor Szymon Rudnicki. Es konnte mir nichts Besseres passieren. Dieser interessierte sich brennend für mein Thema und besaß als Verfasser eines Buches über die Aktivitäten der Vertreter der polnischen Juden in den Parlamenten der Zweiten Polnischen Republik die ebenso notwendige wie seltene Kompetenz. Er bewahrte mich von manchen voreiligen Schlüssen, monierte Ungenauigkeiten und ertrug geduldig das, was ich mit der polnischen Interpunktion anzustellen pflegte. Ich habe ihm und den Redakteuren des *Kwartalnik*, Dr. Jan Doktor und Michał Czajka, viel zu verdanken.

Ein dreimonatiges Forschungsstipendium des YIVO Institute for Jewish Research in New York (Aleksander and Alicja Hertz Memorial Fellowship) half mir, die internationale Dimension des Themas besser zu verstehen. Die Fertigstellung dieser Arbeit verdanke ich schließlich einem Forschungsstipendium der Gerda Henkel Stiftung, die mir Ar-

chivreisen, letzte Recherchen, die Teilnahme an Konferenzen und die Fertigstellung des Manuskripts ermöglichte und darüber hinaus eine Zukunftsperspektive eröffnete. Die Direktorin des Aleksander-Brückner-Zentrums für Polenstudien in Halle (Saale), Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, hat diese Monographie in die Reihe *Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft* aufgenommen, wofür ich mich herzlich bedanke. Zwei anonyme KollegInnen haben hilfreiche *peer reviews* verfasst, Nachfragen gestellt und den Text sprachlich überarbeitet. Dank ihres Einsatzes konnten viele Ungenauigkeiten und Unklarheiten behoben werden. Ich bin ihnen dafür sehr dankbar.

Erster Leser und Korrektor war mein Mann Martin Witt, den ich in seiner Ausdauer und Geduld nur bewundern kann.

Rostock, im September 2020

Einleitung

Noch bis vor ein paar Jahren hat man eine Erwähnung von Aktivitäten jüdischer Stadtdeputierter in den Stadtparlamenten der Zweiten Polnischen Republik in den Werken zur Geschichte der Juden Ostmitteleuropas vergeblich gesucht. Deswegen war nicht bekannt, welche Rolle die Stadtverwaltungen für die Ausgestaltung des Zusammenlebens zwischen Juden und Nicht-Juden in den konkreten Gemeinden spielten. Die Forschungslücke war seit den achtziger Jahren spürbar, und noch im Jahr 1993 diagnostizierte Jerzy Tomaszewski in seinem Abriss der neuesten Geschichte der Juden in Polen bezüglich der Erforschung der jüdisch-polnischen Kohabitation in den lokalen Verwaltungen eine Leerstelle.¹ Arbeiten zu den Aktivitäten der jüdischen Deputierten im Staatsparlament und punktuelle Untersuchungen zu manchen Stadtparlamenten erschienen in der Folge, bleiben aber Stückwerk.² Erst 2012 erschien die bedeutende Synthese *The Jews in Poland and Russia* von Antony Polonsky, die der Thematik einige Aufmerksamkeit schenkte.³ In mehreren Abschnitten erwähnt Polonsky die Aktivitäten jüdischer Repräsentanten in der städtischen Selbstverwaltung. Darüber hinaus beinhaltet sein Buch ein ganzes Kapitel, das sich mit dem Wahlverhalten der Juden bei den polnischen *Sejm*- und Selbstverwaltungswahlen in der Zwischenkriegszeit und damit auch mit jüdischen Abgeordneten beschäftigt.⁴ Der Verfasser konzentriert sich dabei auf Großstädte, was dem Umstand geschuldet ist, dass die Juden Polens vor allem Städter waren und mehrheitlich in Großstädten lebten. Bei

1 Tomaszewski, Jerzy: Niepodległa Rzeczypospolita. In: *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1959 roku)*, hg. v. Jerzy Tomaszewski. Warszawa 1993, 143-269, hier 200.

2 Rudnicki, Szymon: *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej*. Warszawa 2004; Fałowski, Janusz: *Mniejszość żydowska w parlamencie II Rzeczypospolitej (1922-1939)* Kraków 2006; Wynot, Edward D. Jr.: *Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw*. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław Bartoszewski und Antony Polonsky. Oxford 1991, 291-311; Wachowska, Barbara: *The Jewish Electorate of Interwar Łódź in the Light of the Local Government Elections (1919-1938)*. In: *Polin* 6 (1991), 154-72; Brzoza, Czesław: *Jewish Participation in the Elections to Kraków City Council during the Interwar Period*. In: *Polin* 23 (2011), 213-239.

3 Polonsky, Antony: *The Jews in Poland and Russia*. Bd. 3: 1914 to 2008. Oxford et al. 2013.

4 *National and Local Elections in the Cities*. In: Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 113-131.

der Lektüre des Kapitels fällt auf, dass sich Polonsky des Öfteren nicht auf Sekundärliteratur, sondern direkt auf Quellen bezieht – was wiederum den Mangel an Forschungsarbeiten veranschaulicht.

Mit dem breit rezipierten *opus magnum* von Polonsky wurde das Thema nachhaltig in der Fachgemeinde etabliert. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe Arbeiten, die sich der jüdischen Partizipation in den Stadtparlamenten widmen.⁵ Dort werden Aspekte angesprochen, die ich in meiner Arbeit aufgreife: die Wahlergebnisse, die Wirkung in den Stadtparlamenten, Ziele und strategische Bündnisse. Relativ wenig Aufmerksamkeit wurde bisher den Auswirkungen der Aktivitäten von jüdischen Stadtdeputierten gewidmet.⁶ Zudem hat meines Wissens niemand den Versuch unternommen, die verschiedenen Einzeluntersuchungen in eine Synthese zusammenzuführen.⁷ Ryszard Szwed hat lediglich die Ergebnisse der Kommunalwahlen für manche Städte zusammengestellt.⁸ Der Grund für fehlende Vergleiche ist wohl in den

5 Szwed, Ryszard: Udział Żydów w samorządach miast Drugiej Rzeczypospolitej (1919-1939). In: *Prace Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie. Zeszyty Historyczne* 5 (1998), 197-212; Mizgalska, Magdalena: Udział Żydów w wyborach do Rady Miejskiej w Częstochowie (od przewrotu majowego do wybuchu drugiej wojny światowej). In: *Narody i polityka. Studia ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu*, hg. v. August Grabski und Artur Markowski. Warszawa 2010, 131-153; Zaporowski, Zbigniew: Żydzi w radzie miejskiej Lublina 1919-1939. In: *Żydzi w Lublinie*, hg. v. Tadeusz Radzik. Lublin 1995, 237-244; Urynowicz, Marcin: *Żydzi w samorządzie miasta Kozienice w okresie międzywojennym 1918-1939*. Warszawa 2003; Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administration in East-Central Europe, hg. v. Hanna Koziońska-Witt und Marcos Silber. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-306, dort Łódź, Warschau, Lemberg, Przemyśl und Rzeszów. Viel Raum gibt Michał Trębacz den bundistischen Aktivitäten im Lodzer Stadtparlament, siehe Trębacz, Michał: *Izrael Lichtenstein. Biografia żydowskiego socjalisty*. Łódź 2016.

6 Eine Ausnahme bildet Wiercholska, Agnieszka: Relations between the Bund and the Polish Socialist Party from a micro-historical perspective. Tarnów in the interwar period. In: *East European Jewish Affairs* 43 (2013), 297-313. Mit diesem Aspekt beschäftigt sie sich auch in ihrer unveröffentlichten Dissertation. Wieters-Wiercholska, Agnieszka: *Jüdische und nicht jüdische Bevölkerung in Polen. Eine Mikrostudie zu Tarnów 1918-1945*. Berlin: FUB 2019.

7 Koziońska-Witt, Hanna: Jewish Participation in Autonomous Administration. Kraków – Poznań in the Second Polish Republic. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 7 (2008), 189-213; Koziońska-Witt, Hanna/Silber, Marcos: Introduction. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-123.

8 Szwed: Udział Żydów w samorządach miast Drugiej Rzeczypospolitej (1919-1939).

sehr unterschiedlichen Voraussetzungen jüdischer Partizipation und Ausgestaltung in der jeweiligen Kommunalpolitik zu suchen.

Fest steht, dass sich Juden und Jüdinnen häufig an den Wahlen zur Selbstverwaltung beteiligten. Eine nicht näher präzisierbare Anzahl jüdischer Wähler gaben ihre Stimmen nichtjüdischen Parteien. Im Unterschied zum westlichen Europa gab es allerdings in Polen wie in anderen Ländern des östlichen Europa eine ganze Reihe von jüdischen Parteien, die ausschließlich unter Juden um ein Vertretungsmandat warben und sich speziell für jüdische Anliegen engagierten. Ihr Spektrum reichte von der Rechten über das Zentrum bis zur Linken, wobei sich die jeweiligen Parteien noch in unterschiedliche Flügel aufsplitterten.⁹ Man kann auch zwischen integrationistischen, nationalistischen und orthodoxen Parteien unterscheiden. Am besten ist die Geschichte derjenigen jüdischen Parteien bekannt, die »modern Jewish politics«¹⁰ repräsentierten und als demokratische Massenparteien organisiert waren: die der Zionisten (allgemeinen, linken und religiösen), der Folkisten und des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds *Bund*. Immer mehr wissen wir inzwischen auch über die Partei der Orthodoxen: *Agudas Yisrael*. Um an Durchsetzungskraft zu gewinnen, schlossen sich manche jüdische Parteien sowohl im *Sejm* als auch in den Stadtparlamenten zu einer jüdischen Fraktion (*koło żydowskie*) zusammen, die meist von den Zionisten dominiert war.

Während einige Parteien, auch jüdische, die Wahlen zum Parlament aus Protest gegen Machtmissbrauch und systematische Manipulationen durch die Regierung boykottierten, nahmen die meisten jüdischen Parteien an den Wahlen zur Selbstverwaltung weiterhin teil. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht gerade die Selbstverwaltungen für die Analyse des Wahlverhaltens und der Strategien der jüdischen Parteien aussagekräftiger sind als die als Untersuchungsgegenstand favorisierten Parlamentswahlen. Diese Frage erscheint umso wichtiger, als seit kurzem Historiker auf Grundlage des Wahlverhaltens der Juden im

9 Ich verzichte auf eine genauere Charakterisierung der Parteien, da die Informationen leicht zugänglich sind: Frenkel, Jonathan: *Parties and Ideologies*. In: http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties_and_Ideologies YIVO Encyclopedia: http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties_and_Ideologies (29.8.2016). Dort weiterführende Literatur. Mendelsohn, Ezra: *Żydzi Europy środkowo-wschodniej w okresie międzywojennym*. Warszawa 1992, 75 f.; idem, *On modern Jewish politics*. New York/Oxford 1993, 28–36.

10 So nannte Ezra Mendelsohn die zahlreichen demokratischen jüdischen Massenparteien, siehe Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej*, 78.

Hinblick auf das polnische Parlament über die durchaus integrative Kraft von Piłsudskis Minderheitenpolitik und die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die polnische Politik nachdenken.¹¹ Es ist allerdings noch nicht abzusehen, wie sich dieser Ansatz mit dem Befund von Gershon Bacon in Einklang bringen lässt, dass ein und dieselben Wähler, je nach Wahl – zum Parlament, zum Vorstand der Konfessionsgemeinde oder aber zum Stadtparlament – ganz unterschiedliche, sogar einander bekämpfende Parteien wählten.¹²

Während Juden im Staatsdienst oder in höheren Verwaltungsstellen weiterhin so gut wie nicht vertreten waren, wurden sie, seitdem dies rechtlich zulässig war, zahlreich in die Stadtparlamente gewählt, wo sie die Kommunalpolitik mitgestalteten. Somit bildeten die Selbstverwaltungen – nicht nur die kommunalen, sondern auch die wirtschaftlichen und beruflichen¹³ – die wohl einzige politische Struktur im polnischen Staat, die für Juden frei zugänglich war und in der sie ihre Partizipationsrechte verwirklichen konnten. In manchen Stadtparlamenten stellten jüdische Stadtdeputierte eine durchaus ansehnliche Gruppe. Deshalb werden die Stadtparlamente in dieser Arbeit, die Begrifflichkeit von Mary Pratt aufgreifend, als *Kontaktzonen* jüdischer und nicht-jüdischer Stadtdeputierter verstanden, in denen die unterschiedlichen ›dominierenden‹ und ›untergeordneten‹ Kulturen aufeinander trafen, miteinander rangen und sich aneinander rieben.¹⁴ Da jüdische Stadtdeputierte in den Stadtparlamenten unterschiedliche Koalitionen mit nichtjüdischen Kollegen eingingen, ist die These von Robert Blobaum zu hinterfragen, dass Juden in der Politik recht verlassen dastanden und ihre Gegner immer deutlich überwogen.¹⁵

11 Kopstein, Jeffrey S./Wittenberg, Jason: Between State Loyalty and National Identity. In: *Polin* 24 (2012), 171–185. Diese Problematik wurde von Stephan Stach in seiner in Halle (Saale) verteidigten, aber noch nicht publizierten Dissertation *Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler und ethnoreligiöser Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926–1939)* ausführlich behandelt. Ich bedanke mich bei Stephan Stach für die Überlassung des Manuskripts.

12 Bacon, Gershon: *The Politics of Tradition. Agudat Yisrael in Poland, 1916–1939*. Jerusalem 1996, 238 und 273.

13 In der Zweiten Polnischen Republik bis zum Jahr 1938, als manche Berufsvertretungen ›arisiert‹ wurden.

14 Pratt, Mary: *Imperial Eyes: Studies in Travel Writing and Transculturation*. London 2011, 7.

15 Blobaum, Robert: Introduction. In: *Antisemitism and its Opponents in modern Poland*, hg. v. Robert Blobaum. Ithaca/London 2005, 1–19, hier 8.

Die Stadtparlamente waren zugleich Arenen, das heißt, ein ebenso konkreter wie abstrakter »Raum für politische Handlungen«.¹⁶ Dietlind Hüchtker beschreibt diese Arenen als begrenzte Schauplätze, Orte der Inszenierung, die durch bestimmte Themen und Regeln sowie eine bestimmte Reichweite begrenzt werden. Für die Stadtparlamente heißt dies: Sie waren Orte, an denen man sich nach bestimmten Regeln präsentierte, Anliegen vorstellte, verhandelte, miteinander stritt, Kompromisse schloss oder auch übergangen wurde. Die involvierten Akteure waren von einem bestimmten städtischen Milieu gewählt worden, dessen Interessen sie in diesen Arenen zu vertreten hatten. Ihre Aktivitäten waren gut sichtbar, da die Mehrheit der Sitzungen öffentlich abgehalten und in der Presse ausgiebig besprochen wurde. Daher zog die Arbeit der Stadtdeputierten die Aufmerksamkeit der interessierten Öffentlichkeiten auf sich. Darüber hinaus standen die Akteure in stetem Kontakt zu ihrer Wählerschaft.

Gleichzeitig ist zu unterstreichen, dass jüdische Stadtparlamentarier Vertreter einer Minderheit waren, die dazu »verdammt« war, von der Mehrheit überstimmt zu werden.¹⁷ Allerdings musste sich nach dem Ersten Weltkrieg zunächst eine als nichtjüdisch verstandene Mehrheit in den Stadtparlamenten konstituieren, was sich angesichts der politischen Unterschiede zwischen den nichtjüdischen Stadtdeputierten oft als schwierige Aufgabe erwies und schließlich ganz scheiterte.

Im Untersuchungszeitraum änderte sich auch der Status der lokalen Selbstverwaltungen. Während sie bis Ende der zwanziger Jahre eine relative Autonomie genossen, büßten sie später an Bedeutung ein und wurden Teil der staatlichen Verwaltung.¹⁸ Einen Einschnitt markierte die Verkündung des Vereinigungsgesetzes (*ustawa scaleniowa*) im Jahr 1933,¹⁹ das die vorausgegangene Aushöhlung der kommunal-

16 Hüchtker, Dietlind: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt a.M. 2014, 18f.

17 Hettling, Manfred/Müller, Michael G./Hausmann, Guido: Einleitung. In: *Die ›Judenfrage‹ als ein europäisches Phänomen?*, hg. v. Manfred Hettling at al. Berlin 2013, 9–20, hier 19.

18 Żarnowski, Janusz: Rola państwa i jego instytucji w przemianach społecznych w Polsce (1918–1939). In: *Metamorfozy społeczne*, Bd. 10: *Spółczesność międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 49–79, hier 61.

19 *Ustawa o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego z dnia 23 marca 1933* (Gesetz über die partielle Umgestaltung der territorialen Selbstverwaltung), siehe Klimek, Marek: *Samorząd miast II Rzeczypospolitej. Publiczna debata i rozwiązania ustrojowe*. Lublin 2006, 60.

len Autonomie durch diverse Dekrete vollendete. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden eine einheitliche Verwaltungsstruktur im ganzen Staat eingeführt und deren Kompetenzen festgelegt. Den Schlusspunkt bildete die April-Verfassung des Jahres 1935, die die Tendenz zur zentralstaatlichen Lenkung gesetzlich verankerte. Es gilt daher herauszuarbeiten, wie sich städtische Repräsentanten in Warschau und in den regionalen Zentren mit dem Autonomieverlust arrangierten. Hatten die Selbstverwaltungsarenen damit für lokale Debatten und das lokale Geschehen an Bedeutung verloren? Wirkte sich der Autonomieverlust auf die Kommunalpolitik gegenüber der jüdischen Stadtbevölkerung aus? Hatte er einen Zuwachs des Antisemitismus im lokalen Raum zur Folge?

Zuerst soll jedoch definiert werden, wer mit »jüdischen Stadtdeputierten« gemeint ist. Als solche bezeichne ich in dieser Arbeit diejenigen Stadtdeputierten, die sich als Juden verstanden, in den Stadtparlamenten jüdische Milieus und Parteien repräsentierten und denen jüdische Wählerschaft ihre Stimme gab. Deshalb schließt diese Definition Juden aus, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten und Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) waren, auch wenn sie sich weiterhin als Juden verstanden und sich als Sozialisten unter anderem für jüdische Belange engagierten.

Diese Arbeit konzentriert sich ausschließlich auf diejenigen Aktivitäten, die mit der jüdischen Stadtbevölkerung oder aber mit der jüdischen Konfessionsgemeinde zusammenhingen und nimmt somit die von Till van Rahden konzipierte »situative Ethnizität« in den Blick: »eine kulturelle und soziale Grenzmarkierung, die Zugehörigkeit oder Ausschluss signalisiert« und an die konkrete soziale Situation gebunden ist.²⁰ Damit will ich keinesfalls suggerieren, dass jüdische Anliegen die einzigen waren, die jüdische Stadtdeputierte interessierten. Diese engagierten sie sich vielmehr in allen Debatten und Lösungsfindungsprozessen, was ihnen von polnisch-nationalen Milieus bisweilen zum Vorwurf gemacht wurde. Es ist jedoch oft einfach nicht möglich, die genaue Position jüdischer Stadtdeputierter in den Prozessen der Beschlussfindung zu ermitteln: Während die Abstimmungsergebnisse pauschal wiedergegeben wurden, ist es in der Regel nicht möglich, die Entscheidungen der Einzelnen zu ermitteln. In der Presse wurden nur

20 Rahden, Till van: *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*. Göttingen 2000, 20f.

manche kontroversen Debatten ausgiebig besprochen; deshalb können nur diese hier analysiert werden.

Drei Schwerpunkte der Untersuchung möchte ich hervorheben:

1. *Regionalität und Persistenz regionaler Traditionen*

Ich habe drei polnische Großstädte ausgewählt, die aufgrund ihrer durch die Teilungen Polens bedingten Vergangenheit unterschiedliche administrative Traditionen in den neu entstandenen Staat einbrachten: Warschau, Krakau und Posen.²¹ Diese Großstädte genossen als regionale Zentren jeweils einen administrativen Sonderstatus, der sie von anderen Kommunen unterschied. Mich interessiert die Persistenz der administrativen Traditionen und wie man diese an die neuen Herausforderungen moderner Staatlichkeit anpasste.²² Deshalb konzentriere ich mich auf die Untersuchung politischer Regionalismen, die sich im Arbeitsstil der Stadtparlamente (*radny miejskie*) widerspiegeln und auf die von den Anhängern des Zentralismus unternommenen Versuche, diese Stile zu nivellieren. Mich interessieren dabei ausschließlich die Vorgänge in den Stadtparlamenten, d.h. in legislativen und kontrollierenden gewählten städtischen Gremien, und nicht jene in den verwaltenden und ausführenden Magistraten (*magistraty*, später *zarządy miejskie*), in denen Fachkräfte als Beamte oder Angestellte beschäftigt wurden. Die in die Stadtparlamente Gewählten werden in dieser Arbeit als Stadtdeputierte (*radny*) bezeichnet. Die Regionalität hat auch eine »jüdische Dimension«, da sowohl der Status der jüdischen Bevölkerung als auch Vorschläge zur Lösung der lokalen »Judenfrage« – verstanden als eine Rücknahme der vollzogenen rechtlichen Gleichstellung der Juden²³ – in den drei Kommunen unterschiedlich ausfielen.

Bei der Auswahl der drei Städte lasse ich mich von einem älteren Ansatz von Maria Bogucka leiten, die drei Städte mit unterschiedlichem

21 Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. München 2010, 149; Kozińska-Witt, Hanna: Jüdische Stadtverordnete in den kommunalen Selbstverwaltungen der Zweiten Polnischen Republik: Krakau, Posen und Warschau. Eine Bilanz der ersten »Krakauer« Projektphase. In: *Scripta Judaica Cracoviensia* 9 (2011), 105–119.

22 Mit dieser Problematik beschäftigten sich in den Jahren 2010–2016 die Mitarbeiter des am Centre Marc Bloch angesiedelten Projektes »Phantomgrenzen«. Aus dieser Zusammenarbeit entstand eine für Polen in der Zwischenkriegszeit relevante Publikation. *Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939*, hg. v. Michael G. Müller und Kai Struve. Göttingen 2017.

23 Hettling/Müller/Hausmann, Einleitung. In: *Fragmentierte Republik*, 10.

›Kapital‹ miteinander verglich: Danzig (wirtschaftlich), Warschau (politisch) und Krakau (kulturell).²⁴ Bogucka behauptet, dass sich diese drei Städte gegenseitig ergänzten und so den Staat wandlungsfähiger machten. In der Tat verfügten die drei von mir ausgewählten Städte über entsprechende Ressourcen: Krakau war eine traditionsreiche Kultur- und Bildungsmetropole; Posen repräsentierte wirtschaftliche Stärke, und Warschau assoziierte man mit politischer Macht. Darüber hinaus war Warschau als Hauptstadt auch ein Sehnsuchtsort für gute Lebensperspektiven und sozialen Aufstieg. Zu untersuchen ist, wie sich diese unterschiedlichen Voraussetzungen auf die jeweilige kommunale Politik auswirkten. Es geht mir weniger um die Rolle dieser Kommunen im Gesamtstaat als um die Frage, ob und wie sich die unterschiedlichen Eigenschaften auf die jüdisch-polnische Kohabitation in den Stadtparlamenten auswirkten.

2. Die Demokratisierung der Selbstverwaltung und ihre Auswirkungen auf die Repräsentanz der jüdischen Milieus²⁵

Den Kern dieses Schwerpunkts bildet die Frage, ob die vereinheitlichende Demokratisierung der Selbstverwaltung und deren Arbeit in allen drei Teilungsgebieten eine Zäsur für die jüdischen Vertretungen bedeutete. Dieser Vorgang markierte auf jeden Fall eine grundlegende Veränderung der Zusammensetzung der Stadtparlamente, in die bis zum I. Weltkrieg ausschließlich Vertreter der lokalen Geld- und Bildungseliten gewählt werden konnten. Durch die nach Vermögens- und Bildungsklassen gestufte Zensuswahlordnung (*wybory cenzusowe* oder *kurialne*) kamen Anhänger eines liberalen Weltbilds in die Stadtparlamente, was als Kommunalliberalismus oder auch kommunaler Liberalismus in die Forschung eingegangen ist.²⁶ Kraft der Demo-

24 Bogucka, Maria: Krakau – Warschau – Danzig. Funktionen und Wandel von Metropolen 1450–1650. In: *Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, hg. v. Evamaria Engel et al. Berlin 1995, 71–92.

25 Diesen Problembereich als einen Ausgangspunkt der Analyse schlug Börris Kuzmany in seiner Rezension vor, siehe Kuzmany, Börris: Rezension zum Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe, hg. v. Hanna Kosińska-Witt und Marcos Silber. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 63, (2014), 303–305; <http://www.zfo-online.de/index.php/zfo/article/view/3791> (4.8.2016).

26 Langewiesche, Dieter: Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: *Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900*, hg. v. Detlef Lehnert. Köln et al. 2014, 39–71.

kratisierung sollten Vertreter der bisher Ausgeschlossenen über die städtischen Angelegenheiten in ihrem Sinne mitentscheiden dürfen. Realpolitisch wurde damit den Vertretern der Massenparteien ein Mitspracherecht zugesichert und das der lokalen Interessen- und Minderheitenvertreter geschwächt.

Janusz Żarnowski behauptet, Juden im ehemaligen österreichischen Teilungsgebiet hätten in der Zweiten Polnischen Republik an Status verloren, während jene im ehemaligen russischen Teilungsgebiet dank der demokratischen Institutionen gewonnen hätten.²⁷ Im liberalen schlesischen Breslau waren jüdische Stadtdeputierte laut Till van Rahden Verlierer der Demokratisierung des Stadtparlamentes.²⁸ Angesichts dieser Interpretationen soll die Bedeutung der Demokratisierung in Bezug auf das Geschehen in den jeweiligen Stadtparlamenten erneut überprüft werden. Gab es andere Faktoren, die für die jüdische Repräsentanz und ihre Effizienz bedeutender waren? Żarnowski behauptet im besagten Text, dass nicht die Staatspolitik über die Lage der Gesellschaft entschied, sondern Wirtschaftskrisen und die Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Konkurrenzen, die zu einer vermeintlich ausweglosen Situation führten.²⁹ Diese These kann möglicherweise auch auf die Kommunalpolitik und die jeweilige Stadtgesellschaft umgemünzt werden. Welche Rolle spielte die »traumatische Erfahrung der Großen Krise« (1929), die, wie Włodzimierz Borodziej schreibt, »die ›jüdische Frage‹ in den Mittelpunkt der Debatten in Parteien und in der römisch-katholischen Kirche, im Parlament wie in den gesellschaftlichen Vereinen [rückte]«?³⁰ Welche Rolle spielten der Zentralismus und die damit verbundene Konzentrierung von Staatsgewalt?

Um die Rolle der Demokratisierung besser zu veranschaulichen, habe ich die ausgewählten Kommunen nach dem Fortschreiten der Demokratisierung im lokalen Raum eingeordnet: Als erste Kommune wird Krakau besprochen, wo sich die imperialen Zensustraditionen am

27 Żarnowski, *Rola państwa*, 24.

28 Rahden, *Juden und andere Breslauer*, 317, 329.

29 Żarnowski, *Rola państwa*, 73; Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 77.

30 Borodziej, *Geschichte Polens*, 179; Landau-Czajka, Anna/Landau, Zbigniew: *Posłowie polscy w Sejmie 1935-1939 o kwestii żydowskiej*. In: *Rozdział wspólnej historii. Studia z dziejów Żydów w Polsce ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 2001, 211-224; vgl. Mędrzecki, Włodzimierz: *Narodowość*. In: *Metamorfozy społeczne*, Bd. 10: *Spółczesność międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 225-250, hier 231.

längsten hielten. Darauf folgt Posen, wo es ähnliche Traditionen gab, die jedoch bald von einer rapiden Demokratisierung abgelöst wurden. Am Ende steht Warschau, wo die Selbstverwaltung relativ neu war und sich nach einem sehr kurzen Zensus-Intermezzo rasch demokratisierte.

3. *Auswirkungen des staatlichen Interventionismus und Autoritarismus auf die jüdische Vertretung*

Die städtische Selbstverwaltung bildete eine gesonderte rechtlich-organisatorische Struktur im Kontext der öffentlichen Verwaltung.³¹ Sie übernahm zunächst einen Teil der Aufgaben des Innenministeriums und der ihm untergeordneten allgemeinen Verwaltung. Mit der Zeit wuchs jedoch die Abhängigkeit vom Innenministerium und seiner Politik. Sowohl die Überwindung der Regionalismen als auch die Bekämpfung der Folgen der Weltwirtschaftskrise liefen auf Zentralismus, Etatismus und Interventionismus hinaus. Im Gegensatz zur theoretischen Diskussion, in der die Selbstverwaltung von allen politischen Parteien als Schule des Bürgersinns verhandelt wurde,³² höhlten die Warschauer Regierungen die lokale Autonomie immer mehr aus, um schließlich im Jahr 1933 die städtischen Selbstverwaltungen zu »verstaatlichen«, d. h. zum Ausführungsorgan der staatlichen Verwaltung zu degradieren.³³ Hinzu kam der von Włodzimierz Międzyrzecki diagnostizierte Kampf gegen die Eliten der Minderheiten, der es letzteren schwer machte, Loyalität gegenüber dem polnischen Staat zu entwickeln.³⁴

Die »Verstaatlichung«³⁵ der Stadtverwaltungen begünstigte das Zusammenwachsen der Regionen zu einem einheitlichen polnischen Staat. Zum ersten Mal galt in Polen fast überall die gleiche kommunale Wahlordnung, und sämtliche kommunalen Selbstverwaltungen erhielten eine uniforme Struktur. In den ersten beiden Kommunalwahlen vor dem Jahr 1933 wurden die Kandidaten von den Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen entsandt und die Stadtdeputierten

31 Kozyra, Waldemar: *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1918-1939*. Lublin 2009, 94.

32 *Samorząd w polskiej myśli politycznej XX wieku*, hg. v. Grzegorz Radomski. Toruń 2006; Sidor, Monika: *Samorząd terytorialny w myśli politycznej II Rzeczypospolitej Polskiej*. Toruń 2010.

33 Żarnowski, Rola państwa, 61.

34 Międzyrzecki, *Narodowości*, 232.

35 Der Begriff nach einem bekannten Wirtschaftshistoriker und Aktivisten der Bauernbewegung Franciszek Bujak (1875-1953), zit. in: A.D.: *Upaństwowienie samorządu*. In: *Głos Narodu* 45 (1933), 1.

nach dem Proportionsrecht gewählt. In den letzten Kommunalwahlen im Jahr 1938 wurden konkrete Personen gewählt, die unabhängig von ihrer ideologischen Zugehörigkeit auf den selben lokalen Listen stehen konnten.³⁶ Über die Bedeutung dieser Reform der Wahlordnung ist nichts bekannt, da die Stadtparlamente erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges komplettiert wurden.

An dieser Stelle interessiert der Konnex zwischen Vereinheitlichung, ›Verstaatlichung‹ und Antisemitismus. Da polnische Abgeordnete im Sejm unabhängig von ihrer parteilichen Zugehörigkeit in den Jahren 1935 bis 1938 der Argumentation der nationalistischen Rechten folgten,³⁷ nach der die Juden nicht zur polnischen Nation gehörten und aus dem Staat auszugrenzen seien, stellt sich die Frage, inwieweit diese Aussagen auch in den Stadtparlamenten Anklang fanden. Spiegelten die Stadtparlamente lediglich die Diskussionen wider, die anderswo geführt und angeleitet wurden? Oder blieben sie zumindest ideologisch weitgehend autonom?

Alan S. Zukerman hat das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in Wien und Warschau in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in vergleichender Perspektive analysiert. Dabei interessiert ihn besonders, wie sich die Ethnizität und Klassenzugehörigkeit der jüdischen Wähler auf die Wahlbeteiligung und -ergebnisse auswirkten. Zukerman weist auf die unterschiedlich ausgeprägte Verflechtung der Faktoren Konfession, Ethnie, Beruf und Bildung hin und folgert, man könne nicht annehmen, dass die homogene Welt der modernen Individuen die heterogene traditionale Gesellschaft auf einen Schlag ersetzt habe.³⁸ Damit meint er die vorherrschende Tendenz, die Gesellschaft in moderne Klassen zu unterteilen, ohne das gleichzeitige Fortbestehen andersartiger traditionaler Gesellschaftsordnungen zu beachten. Dieser These haben sich polnische Forscher angeschlossen, die allerdings weniger mit der ›linken‹ Begrifflichkeit der Klassenzugehörigkeit, sondern eher mit der Persistenz vormoderner Ständeordnungen argumentieren.

Schon in den 1980er Jahren hat der Soziologe Aleksander Hertz die Beharrlichkeit ständischer Hierarchien und Mentalitäten in Polen be-

36 Kozyra, *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych*, 587; Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 85.

37 Landau-Czajka/Landau, *Posłowie polscy w Sejmie 1935-1939*, 213.

38 Zukerman, Alan S.: *Division and Cohesion in the Process of Modernization*. In: *Deutsche Juden und die Moderne*, hg. v. Shulamit Volkov. München 1994, 141-163, hier 163.

schrieben und dabei den Juden kollektiv die Funktion einer abgeschlossenen Kaste zugewiesen, der man lebenslang angehöre.³⁹ Hertz meinte, dass die ständische Struktur des frühneuzeitlichen Polen-Litauen viele Merkmale aufwies, die für ein Kastensystem wesentlich sind und hob dabei professionelle und kulturell-habituelle Merkmale hervor. Die für das vormoderne System charakteristische Wahrnehmung sei auf die spätere Zeit reflexionslos übertragen worden. Während viele Juden kraft ihrer Bildung und ihres wirtschaftlichen Erfolges sozial aufgestiegen seien, hätten Nichtjuden sie weiterhin in der traditionellen Hierarchie als Paria (*podlej kondycji*) platziert und so wahrgenommen.⁴⁰ Hertz erwähnt die zunehmende Feindschaft der Nichtjuden gegenüber den Juden in der Zwischenkriegszeit und eine von den Nichtjuden ausgehende Tendenz, »den Kastencharakter des polnischen Judentums« bewahren zu wollen – und dies, obwohl Juden auch Polen im Sinne von polnischen Staatsbürgern waren.⁴¹ Diese Zuordnung sollte real existierende Vorteile für ethnische Polen »theoretisch« untermauern und ging mit der politischen Instrumentalisierung bzw. Politisierung des vermeintlichen ethnischen Unterschieds einher.

In jüngeren Studien erwähnt auch Włodzimierz Miedzyrzecki das »Denken in ständischen Kategorien«, das am Anfang der Zwischen-

39 »Dieser [Kasten-]System existierte in Polen der Zwischenkriegsperiode, obwohl er nicht vom Gesetz aufgedrängt war und es keine rechtlichen Vorschriften gab, die – formal, ihn geschützt hätten«. Hertz, Aleksander: *Żydzi w kulturze polskiej*, Warszawa 1988, 83–115, hier 85. Aleksander Hertz (1895–1983) war ein Warschauer Soziologe, er beschäftigte sich mit Ideengeschichte und politischen Beziehungen, seit 1940 lebte er in den Vereinigten Staaten. Ich betrachte Aleksander Hertz als einen Zeitzeugen, der das Erlebte, d. h. die »ständische Hierarchisierung«, wissenschaftlich zu verarbeiten versuchte. Kritisch über Begrifflichkeit der Kaste, im Kontext von *colonial studies*, Rosman, Moshe: *How Jewish is Jewish History*. Oxford et al. 2007, 96. Über polnische Ständegesellschaft siehe auch Blobaum, Introduction, 2f. Ähnliche Überlegungen zum Status von Juden in Ungarn. Miller, Michael L.: Going native. Moritz Jellinek and the Modernization of the Hungarian Economy. In: *The Economy in Jewish History. New Perspectives on the Interrelationship between Ethnicity and Economic Life*, hg. v. Gideon Reuveni und Sarah Wobick-Segev. New York/Oxford 2011, 175–173, hier 162.

40 Hertz, Aleksander: Sprawa antysemityzmu. In: *Socjologia nieprzedawniona. Wybór publicystyki*, hg. v. Jan Garewicz. Warszawa 1992, 390–410, hier 407–409; Hertz, *Żydzi w kulturze polskiej*, 88.

41 »[T]endencja utrzymania kastowego charakteru żydostwa polskiego«, Hertz, *Żydzi w kulturze polskiej*, 163 und 177.

kriegsperiode in der Bauernschaft weit verbreitet gewesen sei.⁴² Dem schließt sich Borodziej an, der in seiner *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert* auf das Überdauern ständischer Hierarchien hinweist, das sich wie die regionalen Traditionen auf die Realität des neugegründeten Staates auswirkte.⁴³ Borodziej spricht von einer »deutlich erkennbaren gesellschaftlichen Segmentierung« und weist auf die soziale Zusammensetzung der neuen Staatselite hin, die größtenteils weiterhin den traditionellen Eliten entsprach.⁴⁴

Statt auf die Heterogenität der polnischen Judenheit näher einzugehen, möchte ich deshalb an dieser Stelle besonders auf die alle Juden betreffende ständische Tradition hinweisen, die soziale Hierarchien konservierte und jüdisch-nichtjüdische Kontakte strukturierte.⁴⁵ Diese ständische Tradition prägte das professionelle Profil und den Rechtsstatus der polnischen Judenheit und stand für eine gemeinsame Vergangenheit, an die man sich erinnern konnte. Dies war eine konstitutive Voraussetzung für die Gemeinschaftsbildung. Obwohl sich viele Juden säkulare Bildung und bürgerlichen Habitus aneigneten und diese mitgestalteten, blieben auch akkulturierte Milieus überwiegend isoliert, was mit ihrer eigenen Verfasstheit und mit der Verfasstheit der analogen nichtjüdischen Milieus zusammenhing. Es interessiert mich, ob und wie sich diese soziale Konstellation auf die verschiedenen Kommunalpolitiken auswirkte.

An dieser Stelle ist auf die großen sozialen und konfessionellen Distanzen hinzuweisen, die im frühen 20. Jahrhundert Regel und Norm waren. Für die hier analysierte Problematik folgt daraus: Selbst wenn sich moderne Parteien, neue Milieus sowie Verhaltensweisen konstituierten und die kommunale Ebene mitgestalteten, bedeutet dies nicht, dass ältere Traditionen und Hierarchien auf einen Schlag verschwanden.

42 Międzyrzecki, *Narodowości*, 241.

43 Borodziej, *Geschichte Polens*, 160.

44 »[U]nter etwa 300 Personen, die 1919 bis 1926 die höchsten staatlichen Ämter bekleideten, waren 56 % Angehörige der *Inteligencja*, 13 % Grundbesitzer, 11 % Unternehmer und Finanziers, 10 % Armeeangehörige, 7 % Beamte, zwei Prozent Bauern und ein Prozent Arbeiter«. Arbeiter stellten hingegen mehr als ein Viertel der Bevölkerung, die Bauern mehr als die Hälfte, die *Inteligencja* etwa 5 %, die Bourgeoisie etwa 1 %, die Grundbesitzer ca. 0,04 %. Borodziej, *Geschichte Polens*, 160.

45 Kozińska-Witt, Hanna: Broken Traditions? Jewish Presence on the City Councils of Kraków, Poznań, and Warsaw, 1919-1939. In: *Polin* 29 (2016), 177-199.

Die Problematik wird chronologisch in zwei Schritten analysiert: Zuerst untersuche ich das Wahlverhalten der jüdischen Stadteinwohner und die von ihnen entsandte kommunale Vertretung nach Wahlperioden und umreiße kurz das Geschehen im Sejm und in den jeweiligen jüdischen Gemeinden. Ferner gehe ich Koalitionen und Gegnerschaften in den Selbstverwaltungsarenen nach. Im zweiten Schritt prüfe ich die Effizienz der Aktivitäten der jüdischen Stadtdeputierten, wobei ich nur die Aktivitäten berücksichtige, die mit den Anliegen der jüdischen Stadteinwohner oder aber mit den lokalen jüdischen Konfessionsgemeinden zu tun hatten. Als Prüfstein dienen die eingeworbenen städtischen Subventionen, die für jüdische Institutionen sehr wichtig waren, da sie im Unterschied zu den Katholiken und einigen anderen christlichen Gemeinschaften vom Staat nicht unterstützt wurden.⁴⁶ Ich präsentiere konkrete Anliegen und die Argumentation ihrer Verfechter und Gegner und stelle anhand einiger Beispiele eine Verbindung zu Themen der klassischen *urban history* her, z.B. zu Stadterweiterung, Modernisierung der Stadtviertel und kommunaler Sozialpolitik. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass viele Juden in bestimmten Straßen bzw. Nachbarschaften wohnten und jüdische Gemeinden über ihre eigenen Sozialeinrichtungen verfügten, die den besonderen Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung trugen.

Diese zwei Schritte vollziehe ich in der Untersuchung der Krakauer und Warschauer Selbstverwaltung. Eine Ausnahme bildet die Stadt Posen, wo es nur eine kleine jüdische Minderheit gab, was sich in der Abwesenheit einer kommunalen Sozialpolitik gegenüber den Posener Juden widerspiegelte.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass die Kommunalpolitiker lokal spezifische Schwerpunkte setzten konnten und unterschiedliche Strategien anwandten. Deshalb ist es weniger wichtig, wie sich die Parteien in ihren Programmen gegenüber der jüdischen Bevölkerung positionierten,⁴⁷ sondern wie ihre den Stadtparlamenten angehörenden Mitglieder konkret handelten.⁴⁸

46 Żarnowski, *Rola państwa*, 75 f.

47 Diese Problematik wurde mehrfach untersucht; die weiterführende Literatur dokumentieren: Stach, Stephan: Minderheitenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik 1918–1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 59 (2010), 394–412; Henschel, Christhardt/Stach, Stephan: Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 62 (2013), 164–186.

48 Auf die lokalen Unterschiede weist Agnieszka Wierzcholska hin, siehe Wierzcholska, *Relations between the Bund and the Polish Socialist Party*.

Um die Krakauer, Posener und Warschauer kommunale Selbstverwaltungen vergleichend analysieren zu können, habe ich kommunale Periodika ausgewertet: Verwaltungsbücher (*Dzienniki Zarządzeń* oder *Dzienniki Rozporządzeń*, *Gazeta urzędowa*) und diverse Berichte (*Sprawozdania*, *Budżety* usw.). Da diese amtlichen Medien Debatten in den kommunalen Arenen gewöhnlich nur sehr knapp wiedergeben, habe ich darüber hinaus umfangreich lokale Tageszeitungen und Zeitschriften hinzugezogen, wobei ich unterschiedliche politische Orientierungen und Sichtweisen berücksichtigt habe. So habe ich für Krakau den zionistischen *Nowy Dziennik* und den christlich-demokratischen *Głos Narodu* ausgewertet; für Posen den konservativen *Dziennik Poznański*, den nationaldemokratischen *Kurjer Poznański* und das deutsch-konservative *Posener Tageblatt*. Die Warschauer Entwicklung habe ich anhand des zionistischen *Nasz Przegląd*, des wirtschaftsliberalen *Kurjer Polski*, der nationaldemokratischen *Kronika Warszawy* und des *Kurjer Warszawski* nachvollzogen. Punktuell habe ich in allen drei Fällen weitere Zeitungen berücksichtigt. In mehreren Fällen habe ich lokale Archive konsultiert, was jedoch nur in einem beschränkten Umfang möglich war. Für Warschau sind so gut wie keine kommunalen Archivalien erhalten; Krakauer und Posener Dokumente befinden sich in den Beständen der jeweiligen Kommunalverwaltung, Wojewodschaften oder aber der Konfessionsgemeinden.

Anmerkung zu Übersetzungen und Transkriptionen

Die zitierten Texte wurden von mir aus dem Polnischen übersetzt. Bei der Transkription jiddischer und hebräischer Namen habe ich die vom *YIVO Institute for Jewish Research* etablierte Schreibweise angewendet.⁴⁹ Die Transkription russischer Begriffe erfolgt nach der in Deutschland üblichen wissenschaftlichen Transliteration.

49 Transliteration. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yiddishwit.com/transliteration.html> (3. 12. 2018).



Abb. 1: Das Rathaus in Krakau. In: *Kraków. Rozszerzenie granic 1909-1915*, hg. v. Karol Rolle. Kraków 1931, 64.

1. Krakau

Galizische Traditionen: Jüdische Partizipation an der Stadtpolitik

Krakau war in der Teilungszeit die zweitgrößte Stadt des habsburgischen Galiziens gewesen. Im Jahr 1921 zählte die Stadt laut Volkszählung 183.706 und im Jahr 1939 253.815 Einwohner und Einwohnerinnen.¹ Etwa ein Viertel von ihnen war »mosaischer Konfession« (1921: 24,6%, 1931: 25,8%). Die Stadt war das Verwaltungszentrum für den westlichen Teil der Region, sie hatte sich dank der Universität und der Akademie der Wissenschaften eine bedeutende Stellung als Kultur- und Bildungszentrum erarbeitet. Darüber hinaus war Krakau Bischofssitz; die Kurie gehörte zu den wichtigsten Institutionen, die über die Moral der Katholiken streng wachte und politischen Einfluss ausübte. Von großer Bedeutung war Erzbischof Adam Stefan Sapieha (1867-1951), der sich sozial stark engagierte.²

Das »jüdische Stadtviertel, Kazimierz, entstand aus einer ursprünglich von Krakau separierten »jüdischen Stadt«, die am Anfang des 19. Jahrhunderts eingemeindet worden war. Zeitweise war Kazimierz das Handels- und Handwerkszentrum für die ganze Kommune. Die Jüdische Gemeinde war traditionell orthodox ausgerichtet; der chassidische Einfluss war bedeutend.³ Seit den 1860er Jahren etablierte sich in Kazimierz eine zahlenmäßig schwache »fortschrittliche« Tempelgemeinde (*synagoga postępową*), die jedoch kommunalpolitisch relativ einflussreich war.⁴ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlie-

1 Mrocza, Ludwik: *Krakowianie. Szkice do portretu zbiorowego w dobie industrialnej transformacji 1890-1939*. Kraków 1999, 12 und 47. Dieses Kapitel beruht auf meinem Aufsatz: *Udział Żydów w wyborach do Rady m. Krakowa i w jej składzie w okresie Drugiej Rzeczypospolitej – Prasowa wersja wydarzeń*. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 248 (2013), 647-678.

2 Sapieha war seit 1911 in Krakau. Kosman, Marcelli: Adam Stefan [Sapieha]. In: *Encyklopedia Katolicka*, Bd. 17, Lublin 2016, 1097f.

3 Manekin, Rachel: Orthodox Jewry in Kraków at the Turn of the Twentieth Century. In: *Polin* 23 (2011), 165-198; eadem: Makhzikey ha Das. In: *YIVO Encyclopedia*: http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Makhzikey_ha_Das (4.6.2016).

4 Tempelgemeinden wurden von denjenigen Juden gegründet, die der Modernisierung des Lebensstils und des Kultus offenstanden und entsprechenden Reformen anstrebten (*postępowcy*). Sie popularisierten säkulare Bildung und galten als akkulturationswillig. Żbikowski, Andrzej: *Żydzi krakows-*

ßen Juden infolge ihrer rechtlichen Emanzipation verstärkt das überfüllte Kazimierz und siedelten sich im gesamten Stadtgebiet an, wo sie neue Erwerbsquellen erschlossen.

Seit 1866 gab es in Krakau ein Stadtparlament, das auf Grundlage von Zensuswahlrecht gewählt wurde. Wahlberechtigt waren nur knapp 5 % der männlichen Bevölkerung, die vermögend oder aber akademisch gebildet waren. Das Stadtparlament versammelte die Vertreter der Bildungs- und Wirtschaftseliten der Stadt, während Vertreter anderer Schichten gänzlich fehlten. Das Stadtparlament bestand aus drei Wahlkurien, deren Mitglieder nach Höhe der gezahlten Staatssteuer (*podatki państwowe*) und nach dem Grad ihrer Ausbildung differenziert wurden. Die Hälfte der Stadtdeputierten waren Immobilienbesitzer. Demnach entschieden wirtschaftliche und soziale Kriterien über Möglichkeiten der politischen Partizipation. Konfession und ethnische Zugehörigkeit spielten hingegen keine Rolle.

Da Juden sowohl zu den Wirtschafts- und Bildungseliten als auch zu den Immobilienbesitzern zählten, zogen ihre Vertreter in das Stadtparlament ein. Sie stellten bis zum Ersten Weltkrieg jeweils ca. 20 % der Stadtdeputierten, die überwiegend aus der dritten Kurie der Kleinhändler und Kleinhandwerker gewählt wurden.⁵ Die Mehrheit der Krakauer Stadtdeputierten gruppierte sich in der Fraktion der Bürgerlichen bzw. Citoyens (*mieszczanie, klub mieszczański*), dem auch jüdische Deputierte angehörten.⁶

cy i ich gmina w latach 1869-1919. Warszawa 1994, 59-75; Kozińska-Witt, Hanna: *Die Krakauer Jüdische Reformgemeinde 1864-1874.* Frankfurt a.M., 1999; eadem: *The Association of Progressive Jews in Kraków, 1864-1874.* In: *Polin* 23 (2011), 119-134; Maślak-Maciejewska, Alicja: *Działalność towarzystwa Agudas Achim i jego związki z synagogami postępowymi we Lwowie i Krakowie.* In: *Kwartalnik Historii Żydów* 249 (2014), 173-202; eadem: *Kształtowanie się środowiska krakowskich Żydów postępowych na podstawie relacji dziennika »Czas«.* In: *Żydowski obraz Polski, Polski obraz Żyda*, hg. v. Waldemar Szczerbiński und Bartosz Lampkowski. Poznań/Gniezno 2012, 141-156; eadem: *Poza działalnością Ozjasza Thona – synagoga Tempel i krakowskie Stowarzyszenie Izraelitów Postępowych w okresie międzywojennym. Przyczynek do dalszych badań.* In: *Kwartalnik Historii Żydów* 257 (2016), 123-145; eadem: *Z dziejów judaizmu w XIX-wiecznym Krakowie – tożsamość, poglądy religijne i instytucje środowiska Żydów postępowych.* Doktorarbeit UJ, Kraków 2015.

⁵ Sroka, Łukasz Tomasz: *Żydzi w Krakowie. Studium o elicie miasta 1850-1918.* Kraków 2008, 127.

⁶ Die Anfänge dieser Formation hingen mit der Zuerkennung des Stadtbürgerrechts zusammen, womit eine Schicht der Stadtbürger (*obywatele miejszy*)

Das höchste Amt, das ein Jude de facto in der Krakauer Selbstverwaltung bekleidete, war das des Vizepräsidenten.⁷ Die Vizepräsidentschaft beschränkte sich keinesfalls auf die Repräsentation der jüdischen Einwohner und ihrer Belange. Das dritte – später in das vierte umbenannte – Vizepräsidentenamt wurde im Zuge der Vergrößerung der Stadt mit großflächigen Eingemeindungen im Jahr 1905 eingeführt, um den Inkorporationsprozess zu steuern und die unterschiedlichen, nun städtischen, Milieus gleichgewichtig zu Wort kommen zu lassen. Der erste Jude in diesem Amt war der Ingenieur Józef Sare (1850-1929), der drei Mal wiedergewählt wurde: 1908, 1911 und 1914.⁸ Er war ein ausgewiesener Fachmann für städtische Finanzpolitik und Kommunalbetriebe. Darüber hinaus entwarf er Baupläne für mehrere kommunale Institutionen.⁹ Politisch gehörte er dem konservativen Lager an.

Das kommunalliberale Stadtparlament nach dem Ersten Weltkrieg

Die Regierenden in Warschau konzentrieren sich im Zuge der Staatsgründung zunächst auf die Ausarbeitung einer Verfassung, auf die Außenpolitik und auf den Aufbau von Verwaltungsstrukturen in den unterschiedlichen Regionen des Landes. Deshalb ließen sie manche Organe aus der Teilungszeit, wie das effiziente und wohlgeordnete Krakauer Stadtparlament, fortbestehen. Das im Jahr 1913 zuletzt gewählte Krakauer Stadtparlament wurde nach dem Ersten Weltkrieg reaktiviert.¹⁰ Somit bildete es als eine Institution, in der personell und in-

entstehen konnte, die das Recht besaß, über Angelegenheiten ›ihrer‹ Städte zu entscheiden. Siehe Citoyen. In: *Wirtschaftslexikon.co* <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/bourgeois-citoyen/bourgeois-citoyen.htm> (8.8.2016).

- 7 Kozińska-Witt, Hanna: Lokale Arenen der Aushandlung und der Kompromisschließung? Juden und Nicht-Juden im Krakauer Stadtparlament. In: *Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, hg. v. Mathias Beer und Stefan Dyroff. München 2013, 109-133, hier 117-123.
- 8 Brzoza, Czesław/Stephan, Kamil: Józef Sare. In: *Krakowianie. Wybitni Żydzi krakowscy XIV-XX*, hg. v. Muzeum Historyczne Miasta Krakowa. Kraków 2006, 92-95.
- 9 Zbroja, Barbara: *Miasto umarłych. Architektura publiczna Żydowskiej Gminy Wyznaniowej w Krakowie w latach 1868-1939*. Kraków 2005, 118.
- 10 Im Jahr 1914 gab es im Krakauer Parlament 67 Christen und 20 Juden. Sroka, Łukasz Tomasz: Żydzi w Radzie Miasta Krakowa (1866-1939). Zagadnienia prawne i ustrojowe. In: *Budowali nowoczesne miasto. Żydzi w samorządzie miejskim, gospodarczym i finansowym miasta (1866-1939)*, hg. v. Muzeum miasta Krakowa. Kraków 2015, 62-115, hier 81. Auch in Tarnów wurde